

## Russenfreie Zonen

Baltische Staaten gehen erneut gegen russischsprachige Einwohner vor. Tausenden droht die Abschiebung

Von Arnold Schölzel



Riga, 5. Oktober 2019: Demonstration gegen »Sprachenmord« und für Unterricht in Russisch

Ende Juni verkündete Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) auf einem litauischen Truppenübungsplatz, die Bundesrepublik sei »bereit, dauerhaft eine robuste Brigade in Litauen zu stationieren«. Wenn die 4.000 Bundeswehr-Soldaten ihre Kasernen beziehen, kommen sie voraussichtlich in einer ethnisch gereinigten Region an. Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen strengen sich an, nominell russenfrei zu werden.

Am radikalsten gehen Lettland und Litauen vor. So hatte das lettische Parlament Saeima im März ein Gesetz verabschiedet, nach dem ethnische Russen, die keine lettischen Staatsbürger sind, bis Ende August ein Zertifikat über Lettischkenntnisse vorweisen oder innerhalb von drei Monaten das Land verlassen müssen. Geschätzt betrifft das rund 20.000 Einwohner – also eine eher symbolische Zahl.

Am Freitag berichtete das russischsprachige lettische Portal *rus.lsm.lv*, der Saeima-Ausschussvorsitzende für Staatsbürgerschaft, Migration und sozialen Zusammenhalt, Ingmar - Lidaka, habe mitgeteilt, dass im nächsten Monat fünf- bis sechstausend russische Staatsbürger amtlich aufgefordert werden, Lettland zu verlassen. Sie hätten nicht an Sprachkursen teilgenommen und sich auch nicht um eine Aufenthaltsverlängerung bemüht. Das Innenministerium in Riga bestätigte die Schätzung. Wer nicht ausreise, erhalte verwaltungsrechtlich eine Geldstrafe. Abschiebungen seien nicht ausgeschlossen, die Rente könne gestrichen werden. Zugleich räumten die Behörden ein, dass nur für 400 Personen jährlich Sprachkurse angeboten werden. Es gebe aber Verlängerungsmöglichkeiten bis zum 1. November und das Angebot anderer Aufenthaltstitel.

Noch rigorosier geht die Regierung Litauens gegen russischsprachige Einwohner vor. Nach einem Bericht des Portals *nordisch.info* vom Sonnabend haben die Behörden fast 1.200 russische und belarussische Staatsangehörige, die im Land leben, als »Bedrohung für die nationale Sicherheit« eingestuft. Die Visa und Aufenthaltsgenehmigungen der Betroffenen werden nicht verlängert. Estland beschränkt sich vorerst offenbar auf Durchsetzung der estnischen Sprache an allen Schulen. Seit 1. August droht allen Lehrern, die nicht Estnisch beherrschen, eine hohe Strafe. Das betrifft laut Behörden etwa 2.500 Pädagogen.

Hintergrund dieser Durchsetzung sprachlicher und ethnischer Homogenität bis zur letzten Person ist der in den seit 1990 unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken herrschende Ethnonationalismus. Die russischsprachigen Bevölkerungsgruppen (darunter Ukrainer, Belarussen und andere - Sowjetbürger), die vor allem durch die Industrialisierungspolitik der Sowjetunion in den drei Republiken entstanden waren und ein Zehntel bis ein Drittel der jeweiligen Bevölkerung ausmachten, wurden damals mit Hilfe einer Geschichtslüge zu »Staatsbürgern ungeklärter Herkunft« (Estland) oder »Nichtbürgern« (Lettland) erklärt. Begründung: Die Sowjetunion sei bis 1990 Besatzungsmacht gewesen und habe laut Genfer Konvention von 1949 unberechtigt Teile der eigenen Bevölkerung in das »besetzte« Gebiet umgesiedelt. Soweit dagegen geklagt wurde, scheiterten die baltischen Staaten vor den EU-Gerichtshöfen, die meisten betroffenen Menschen erwarben aber im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte die jeweilige Staatsbürgerschaft oder wanderten aus. Selbstverständlich werden aber zum Beispiel in Riga noch immer an jedem 16. März lettische SS-Männer gefeiert, die während der deutschen Besatzung dabei halfen, die Region frei von Roma und Juden zu machen.